

Absender:

Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank)
Infrastruktur II - 533200
Kaiserleistraße 29 - 35
63067 Offenbach

**Antrag auf Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen zur Energieberatung
(Teil II Nr. 5.1 der Förderrichtlinien vom 9.10.2019, zuletzt geändert am 01.11.2023)**

1. Projektübersicht

a) Antragsteller

<u>Antragsteller:</u> (Name, Art, Geschäftszweck und Rechtsform des Antragstellers, z.B. EVU, Kommune, usw.):	
Anschrift:	
Kreis:	Regierungsbezirk:
Gemeindekennziffer (ggf. des Investitionsorts):	
Ansprechpartner/in:	Telefon:
	E-Mail:
Bankverbindung:	
IBAN:	
BIC:	

b) Förderprojekt

Name der Beratungsstelle/Energieagentur bzw. Bezeichnung der Maßnahme:

Ort, an dem die Beratungsstelle/Energieagentur eingerichtet/fortgeführt werden soll:

Es handelt sich um

- die Gründung und erstmalige Einrichtung einer Energieberatungsstelle/Energieagentur
- die Fortführung einer Energieberatungsstelle/Energieagentur (Anschlussförderung)

Durchführungszeitraum:

Das Projekt soll in der Zeit vom _____ bis _____ durchgeführt werden.

Hinweis: Es werden grundsätzlich nur Projekte gefördert, die vor Rechtskraft des Zuwendungsbescheides noch nicht begonnen worden sind.

2. Beantragte Zuwendung

Ich/Wir beantrage/n die Gewährung eines Zuschusses für vorstehend genanntes Projekt in Höhe von:

Euro

Die Zuwendung soll wie folgt bereit stehen:

Jahr	Zuwendungsteilbetrag

Hinweis: Evtl. gewährte Zuschüsse werden in den entsprechenden Haushaltsjahren anteilig bereitgestellt. Eine Übertragung nicht abgerufener, weil noch nicht benötigter Mittel in folgende Haushaltsjahre ist nur im besonders begründeten Einzelfall möglich.

3. Erforderliche Angaben und Unterlagen:

3.1 zum Antragsteller

Sind bereits früher Vorhaben von Ihnen durch die Hessische Landesregierung oder andere Zuwendungsgeber gefördert worden?

Wenn ja, welche? Durch wen? Unter welchem Aktenzeichen?

- Benennen Sie bitte die Gesellschafter bzw. Anteilseigner mit dem jeweiligen Anteil am Grundkapital und legen Sie einen Auszug aus dem Handelsregister (Kopie) bei.

- Wie viele Arbeitnehmer werden beschäftigt?

- Geben Sie den in den letzten drei Jahren jeweils erzielten Umsatz an.

- Ist Ihr Unternehmen einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen?

- Haben Sie Vorsorge getroffen, dass das beantragte Vorhaben so vorbereitet bzw. umgesetzt werden kann, dass
 - die Gleichstellung von Männern und Frauen i.S.v. Art. 7 der VO (EU) Nr. 1303/2013 sichergestellt ist?
 - jede Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung ausgeschlossen ist?

3.2 zum Vorhaben¹⁾

a) Ziel des Vorhabens, Konzept mit Erläuterungen zum Vorhaben, Aufgaben und Zielsetzungen oder bei Anschlussförderung Ergebnisbericht, Aufbau- und Finanzierungskonzept

(hier zusammenfassende Kurzform; ausführliche Beschreibung des Verfahrens als Konzept/Projektskizze in der Anlage; Verweis auf Projektbeurteilungen etc.)

b) Arbeitsplan und Dauer des Vorhabens:

(Beschreibung der einzelnen Arbeitsschritte, Definition von Teilzielen; Zuordnung des erforderlichen Zeit- und Mittelaufwandes zu den einzelnen Arbeitsschritten)

1) Anlagen beifügen

- c) Welche Arbeiten sind im Zusammenhang mit dem Vorhaben bereits früher durchgeführt worden?
- d) Welche Umwelt- und Klimaauswirkungen sowie ggf. erforderliche Umwelt- bzw. Klimaschutzmaßnahme werden durch das Fördervorhaben bewirkt oder ausgelöst? Sind negative Auswirkungen auf Umwelt oder Klima zu befürchten und falls ja in welchem Umfang?
- e) Welche Teile des Vorhabens sollen an Dritte vergeben werden? Entsprechende Kennzeichnung der hierfür vorgesehenen Ausgaben im Ausgabenplan ist erforderlich; ggf. Erläuterungen als Anlage.
- f) Im Falle der Antragstellung zur Fortführung einer Energieberatungsstelle/Energieagentur (Anschlussförderung): wurde der Ergebnisbericht, das Aufbau- und Finanzierungskonzept fristgerecht vorgelegt?

5. Finanzierung

5.1 Finanzierungsplan

Eigenmittel	Euro
Eigenleistungen	Euro
Zuwendungen von Unternehmen (Einzelheiten gesondert angeben)	Euro
Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln, ohne beantragte Zuwendung (Einzelheiten gesondert angeben)	Euro
sonstige Leistungen Dritter, auch Spenden von Sachmitteln (Einzelheiten gesondert angeben)	Euro
Fremddarlehen	Euro
<u>beantragte</u> Zuwendung des Landes Hessen	Euro
Einnahmen aus dem Projekt	Euro
Vorsteuer (entspr. MWSt.)	Euro
Insgesamt	Euro

5.2 Die geplante Finanzierungsstruktur ist durch geeignete Nachweise zu belegen (z.B. durch **Bankbescheinigungen** für Eigenmittel und bei Kreditfinanzierung). Im Falle gewerblicher Antragsteller sind **zusätzlich** die Bilanzen bzw. die Steuerbescheide der drei letzten Jahre vorzulegen.

5.3 Werden bzw. wurden für das Vorhaben bereits Zuwendungen bei anderen Stellen beantragt oder zugesagt oder ist dies noch beabsichtigt? Wenn ja, bei/von wem, in welcher Höhe und wie ist der Sachstand?

5.4 Aus welchen Gründen kann das Vorhaben ohne Förderung des Landes Hessen in der beantragten Höhe nicht oder nur erheblich verzögert durchgeführt werden?

5.5 Aus welchen Gründen ist eine Finanzierung nur aus Eigen- und/oder Kreditmitteln nicht möglich, und warum sollte - auch bei erfolgreichem Verlauf des Projektes - von einer Rückzahlung der Zuwendung abgesehen werden?

5.6 In welcher Weise werden die Mittel beim Antragsteller verwaltet? Wie sind die Verantwortlichkeiten geregelt? Ist eine ausreichende Kassen- und Buchführung (welches Buchführungssystem?) vorhanden?

6. Erklärungen

6.1 Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist und vor Erteilung eines schriftlichen Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten, wenn dieser in direktem Zusammenhang mit dem Förderprojekt steht.

6.2 Ich bin/Wir sind für das durchzuführende Vorhaben zum **Vorsteuerabzug** nach § 15 Umsatzsteuergesetz **berechtigt**:

ja

nein

6.3 Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und der zusätzlich beigefügten Antragsunterlagen und bestätige(n) die Kenntnis des Inhaltes

- des Hessischen Energiegesetzes (GVBl. 2012, S. 444) in der Fassung vom 20.07.2023 (GVBl. 2023, S. 582)
- der Richtlinien für die energetische Förderung im Rahmen des Hessischen Energiegesetzes vom 9.10.2019 (StAnz. 44/2019, S. 1046), zuletzt geändert am 01. November 2023 (StAnz. 47/2023, S. 1464).

6.4 Mir/Uns ist bekannt, dass folgende im Antrag anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

- Angaben zum Antragsteller
- Investitionsort
- Beschreibung und Begründung des Vorhabens, soweit die Angaben als Tatsachen feststehen
- Beginn des Vorhabens
- Angaben zur Finanzierung, soweit sie als Tatsachen feststehen
- Angaben über gegebenenfalls bestehende wirtschaftliche, rechtliche und personelle Verflechtungen zwischen Träger, Betreiber und Nutzer.

Bei diesen Angaben handelt es sich um Tatsachen, von denen nach den Förderrichtlinien die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist.

Mir/Uns ist weiterhin bekannt, dass eine Entstellung oder Unterdrückung dieser Tatsachen ggf. als Betrug im Sinne des § 263 StGB strafbar ist. Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. I, S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist. Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere werden wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der bewilligenden Stelle mitteilen.

- 6.5** Ich/Wir erkläre/n, dass das beantragte Vorhaben keine Aktivität umfasst, für die infolge einer Produktionsverlagerung außerhalb des Landes Hessen Mittel der Europäischen Union zurück gefordert werden oder wurde.
- 6.6** Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass der Zuwendungsgeber zur Prüfung der Zuwendungsvoraussetzungen externe Gutachter zur Beurteilung des Vorhabens heranziehen sowie Bücher und Geschäftsunterlagen beim Antragsteller prüfen kann.
- 6.7** Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) bzw. die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften(ANBest-GK) sind uns bekannt und werden beachtet.
- 6.8** Die Fördermittel werden ausschließlich zur Finanzierung des beschriebenen Projektes verwandt.
- 6.9** Ich/Wir erkläre(n), dass die Finanzierung der mit den Investitionen verbundenen Folgekosten gesichert ist.
- 6.10** Wir haften gesamtschuldnerisch für die ordnungsgemäße Verwaltung der Projektmittel auch bei einem bevollmächtigten Projektträger. Dies gilt auch für den zu führenden Verwendungsnachweis und eine eventuell erforderliche Rückzahlung von nicht zweckentsprechend verwendeten Fördermitteln.
- 6.11** Mir/Uns ist bekannt, dass bei der Vergabe und Abwicklung von Aufträgen grundsätzlich die LHO sowie Nr. 3 der jeweils einschlägigen Allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest-P oder ANBest-GK) zu beachten sind. Ausgenommen sind Förderungen der gewerblichen Wirtschaft, wenn der öffentliche Anteil bei der Förderung des Vorhabens nicht überwiegt. Die Vergabeverfahren werden ausführlich und nachvollziehbar dokumentiert, alle Bekanntmachungen nach nationalem oder EU-Vergaberecht werden in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank (HAD) bei der Auftragsberatungsstelle Hessen e.V., Karl-Glässing-Str. 8, 65183 Wiesbaden, Tel: 0611-974 588-0, Internet: www.had.de veröffentlicht (Pflichtbekanntmachung).
- 6.12** Mir/Uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle
- die Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates , geändert durch die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018,

- die Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 , geändert durch die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 und
- die dazugehörigen Durchführungsrechtsakte und delegierten Rechtsakte gelten.

Weitere Grundlagen sind das Operationelle Programm für die Förderung von Investitionen in Wachstum und Beschäftigung in Hessen aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2014 bis 2020 (IWB-EFRE-Programm Hessen), genehmigt von der Europäischen Kommission mit Entscheidung vom 12. Dezember 2014 (CCI 2014DE16RFOP007), geändert mit Beschluss vom 26. September 2018 sowie die All-gemeinen Projektauswahlkriterien (Methodik und Kriterien für die Auswahl von Vorhaben), genehmigt vom IWB-EFRE-Begleitausschuss Hessen mit Beschluss vom 6. März 2015, geändert mit Beschluss 29. August 2016

Hiernach veröffentlichen die jeweils zuständigen Verwaltungsbehörden im Rahmen der Informations- und Publikationsmaßnahmen ein Verzeichnis, das Auskunft über die Begünstigten, die geförderten Vorhaben und die Höhe der jeweils bereitgestellten öffentlichen Mittel gibt.

Ich bin/Wir sind mit der Aufnahme der vorgenannten Angaben in das Verzeichnis einverstanden.

- 6.13** Mir/Uns ist bekannt, dass Fördervorhaben vor Ort seitens der EFRE-Verwaltungsbehörde, der EFRE-Prüfbehörde, des Hessischen Rechnungshofes, des Bundesrechnungshofs, des Europäischen Rechnungshofes sowie von Prüforganen der Europäischen Union geprüft werden können. Darüber hinausgehend können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission auch prüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren.
- 6.14** Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von den zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union (bei EU-Förderung) auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden.
- 6.15** Ich/Wir bin/sind damit einverstanden, dass die Europäische Union, die Bundesregierung und die Landesregierung den Ausschüssen der jeweiligen Parlamente Namen sowie Höhe und Zweck der mir/uns gewährten Zuwendung bekannt geben.
- 6.16** Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, bei von mir/uns initiierten Veröffentlichungen über das geförderte Vorhaben einen Hinweis zur Förderung mit Mitteln des Landes und gegebenenfalls der EU durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum aufzunehmen.
- 6.17** Darüber hinaus gewähre ich/gewähren wir der Bewilligungsbehörde das grundsätzliche Veröffentlichungsrecht an allen mit dem geförderten Vorhaben verbundenen energierelevanten Daten, Fotos, Zeichnungen und Plänen. Soweit es für die Vorbereitung einer solchen Veröffentlichung geboten ist, gestatte ich/gestatten wir der Bewilligungsbehörde oder dem/den von ihr Beauftragten die Besichtigung des geförderten Vorhabens nach vorheriger Terminabsprache.

7. Liste beizufügender/beigefügter Unterlagen/Anlagen

- Konzept mit Aufgaben und Zielsetzungen, Organisation der neuen Einrichtung
- Ablaufplan, Zeitplanung
- bei Anschlussförderung: Ergebnisbericht, Aufbau- und Finanzierungskonzept
- Fachliches Gutachten zur Projektbewertung (falls vorhanden)
- Nachweise zu Eigentums- und Finanzierungsstruktur
- ggf. Handelsregisterauszug
- ggf. KMU-Erklärung
- ggf. Legitimationsnachweis der vertretungsberechtigten Personen (Kopie Vor- und Rückseite des Personalausweises)
- Sonstiges:

Hinweis: Es können weitere Unterlagen angefordert werden, soweit dies für die Beurteilung des Projektes erforderlich ist

Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.

(Ort, Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift/en)